

Das „Zentrum
gegen Vertreibungen“
soll anprangern

Der Kampf gegen das Verbrechen der Vertreibung

Peter Glotz

Das klassische Argument handelnder Politiker, ob aus Prag, Warschau, Berlin oder Moskau, lautet, dass man sich mit der Zukunft abgeben müsse. Die Vergangenheit solle man den Historikern überlassen. In einem sehr allgemeinen Sinn ist das richtig. Zuerst einmal geht es immer um die vitalen Interessen der jeweils Lebenden. Deswegen wäre es abwegig, hätte man den Tschechen den Zugang zur EU wegen der Benesch-Dekrete verwehrt, so völkerrechtswidrig sie auch 1945 schon gewesen sein mögen. Man kann, man muss unbeschadet verschiedener nationaler Erzählungen und verschiedener Rechtsauffassungen gemeinsam praktische Lebensprobleme anpacken. Politiker werden in Demokratien gewählt, um Hunger zu stillen, Streit zu schlichten, das Recht zu wahren. Identität und Glück der Menschen können sie nicht gewährleisten. So weit, so gut.

Die Geschichte ist keine Fliege

Aber die Nationen sind Zusammenhänge von Menschen, die früher gelebt haben, die heute leben und die morgen leben werden. Sie haben nur Selbstbewusstsein und Würde, wenn sie ihre Geschichte kennen und verstehen, wenn sie über ihre Toten trauern, über ihre Taten stolz und über ihre Untaten entsetzt sein können. Die Geschichte kann man nicht wie eine Fliege wegscheuchen. Die Europäer erleben das gerade bei der Debatte um den vom Verfassungskonvent konzipierten Verfassungsvertrag. Wenn Tschechen, Polen oder Slowaken eine Großmacht

(heute die Vereinigten Staaten von Amerika) suchen, an die sie sich anlehnen können, kommt das aus alten Zeiten – sie fürchten ein Europa, das von Deutschland und Russland, heute vielleicht von Deutschland und Frankreich dominiert sein könnte. Wer die Geschichte nicht kennt, versteht das nicht – und sucht deshalb an den falschen Stellen nach Gründen und Zukunftskonzepten. Das politisch korrekte Gesäusel, das Berufspolitiker, gute Menschen und Import-Export-Kaufleute betreiben, schafft keine Versöhnung, nur Geschäfte und Geschäftigkeit. Die sind auch nötig. Wenn aber ein harter Konflikt entsteht, ist der Scheinfriede wie weggeblasen.

Zusammenhang stiften

Solche Überlegungen haben bei der Begründung eines Zentrums gegen Vertreibungen die entscheidende Rolle gespielt. Der Plural war Programm. Es gilt aus den Vertreibungen des zwanzigsten Jahrhunderts – von Armeniern, Griechen, Türken, Wolgadeutschen, Krimtataren, Sudetendeutschen, Ostpreußen, Schlesiern, Kraina-Serben oder Kosovo-Albanern – etwas fürs 21. Jahrhundert zu lernen. Gedacht ist an eine unlösliche Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart. Hitler hat sich bei seinen Vertreibungsplänen und seinen Vertreibungen auf die Türken berufen, das Genozid an den Armeniern – so hat er wiederholt gesagt – sei längst vergessen. Die Protagonisten des ethnisch reinen Nationalstaates nach 1945 – zum Beispiel Benesch und Gomulka – ha-

ben sich (fälschlich) immer wieder auf das verhängnisvolle Abkommen von Lausanne von 1923 berufen, das zigtausende Menschen das Leben gekostet hatte. Man muss einen geistigen Zusammenhang stiften, damit der Völkermord an den Armeniern genauso wenig vergessen wird wie die Schande von Lausanne, von der der britische Außenminister Lord Curzon sagte, dieser Bevölkerungsaustausch sei „eine durch und durch verwerfliche Lösung, für welche die Welt in den nächsten hundert Jahren schwer büßen wird“. Der Lord hatte Recht. Wir büßen immer noch.

Ein aktuelles Problem

Vertreibung ist kein geschichtspolitisches Thema, das vor allem zwischen Polen, Tschechen und Deutschen spielte. Wenn im Kosovo serbische Dörfer abgebrannt, zwei Dutzend Menschen umgebracht und der Rest vertrieben wird, weiß man, dass auch drei Balkankriege seit 1990 und viele UN-Blauhelme die ethnosozialen Konflikte in dieser europäischen Region bisher nicht lösen konnten. Wenn die Ungarn ein Gesetz zur Förderung der „Auslandsungarn“ beschließen, rumort es in der Slowakei und Rumänien. Deutschland hat, im Wilhelminismus und unter Hitler, brutal germanisiert, zum Beispiel in Polen. Derzeit aber „arabisiert“ die sudanesishe Regierung in Khartoum in den westsudanesischen Darfur-Gliedstaaten. Es handelt sich um eine brutale Ausrottungs- und Vertreibungspolitik. In der PKK, der Partei des auf einer Gefängnisinsel internierten Kurdenführers Özalp, rumort es erneut. Die vergleichsweise geschlossene Nordregion des Irak unter kurdischer Führung ist eine Attraktion für die Kurden, die im türkischen Staat leben müssen und die längst noch keine ausreichenden Minderheitenrechte haben. Leyla Zana, eine kurdische Abgeordnete, die es wagte, ihrem Amtseid ein paar kurdische Worte hinzuzufügen, saß ein Jahrzehnt in einem türkischen Ge-

fängnis. Vertreibung ist ein aktuelles Problem.

Das sieht man vor allem in Israel/Palästina. Als Jossi Beilin, der frühere israelische Justizminister, gemeinsam mit dem früheren palästinensischen Informationsminister Abed Rabbo eine hypothetische Friedensregelung für Israel und die Palästinenser in Genf vorlegte, anerkannten sie in einem Artikel 7, dass „eine einvernehmliche Lösung des Flüchtlingsproblems“ eine notwendige Voraussetzung dauerhaften Friedens sei. Das ist eine verdeckte Debatte über eines der wichtigsten Konfliktthemen zwischen Palästinensern und Israelis: das „Rückkehrrecht“. Wenn es in Deutschland eine zukunftsgerichtete (und nicht nur eine vergangenheitsorientierte) Debatte der Vertreibung gäbe, könnten die Deutschen zu dieser Frage einen plastischen Beitrag leisten. Wir haben doch gelernt, dass wir mit einem „Recht“ zur Rückkehr die Stabilität der ostmitteleuropäischen Staaten zerstören würden. Warum bringen wir unsere Erfahrungen nicht in die internationale Debatte ein? Die israelischen Publizisten Amnon Rubinstein und Lior Kodner haben in der israelischen Zeitung *Ha'aretz* vor wenigen Wochen auf die Parallelität der tschechisch-deutschen und des israelisch-palästinensischen Konflikts hingewiesen. Wieso wird diese Parallelität nirgends diskutiert? Eben weil es derzeit kein funktionierendes „Zentrum gegen Vertreibungen“ (Plural!) oder eine andere vergleichbare Organisation gibt.

Affront gegen alle Vertreiber

Ein solches Zentrum wäre kein Affront gegenüber unseren östlichen Nachbarn. Es soll ein Affront gegen alle Vertreiber werden. Die Türken, die die Armenier vertrieben haben, müssen sich genauso gemeint fühlen wie die Deutschen, die unter Hitler gewaltige Völkerverschiebungen geplant und teilweise auch prak-

tiziert haben. Aber auch Stalin hat Millionen von Menschen (nicht nur Wolgadeutsche und Krimtataren) kühl verschoben. Als der große Strategie der Vertreibung der Sudetendeutschen, der tschechische Exilpräsident Edward Benesch, von der sowjetischen Führung die Vertreibung der Deutschen aus Böhmen und Mähren verlangte – von immerhin drei Millionen Menschen – sagte Molotow kühl: „Das ist nichts, das ist leicht.“ Die Herren hatten Übung in Vertreibungen.

Politischer Kontext

Natürlich muss jede Diskussion von Vertreibung, wenn sie politisch wirksam sein soll, in den politischen Kontext gestellt werden. Man kann über die Vertreibung der Deutschen aus Pommern, Schlesien, Böhmen oder Mähren nicht reden, ohne über die Verbrechen Hitlers zu reden, die vorher stattgefunden haben. Man darf das Genozid an den Armeniern nicht debattieren, ohne auf die Pogrome hinzuweisen, die Armenier an muslimischen Nachbarn aus dem Kaukasus begangen hatten. Und selbstverständlich muss man die Proportionen der unterschiedlichen Verbrechen im Auge behalten. Das größte Verbrechen in der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts (und nicht nur des zwanzigsten Jahrhunderts) war der industrialisierte Massenmord an den europäischen Juden. Deshalb muss man, wenn die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ in den Stand gesetzt werden sollte, in Berlin ein Museum gegen Vertreibungen zu errichten, sorgfältig darauf achten, dass es nicht in irgendeine Nähe oder Idealkonkurrenz zum Holocaust-Mahnmal gesetzt wird. Aber in Berlin stehen viele Museen und Mahnmale, in denen Verbrechen dokumentiert werden; das ist so in Hauptstädten. Keiner der Initiatoren des „Zentrums gegen Vertreibungen“ hat jemals an Aufrechnung gedacht. Aufklärung ist das Ziel, nicht Aufrechnung. Im Übrigen

wird das „Zentrum gegen Vertreibungen“ ein Dokumentationszentrum, ein Podium für aktuelle Diskurse werden, kein Mahnmal im Sinne des eisenmannschen Entwurfes.

Die eigene Geschichte schreiben

Dass Polen, Tschechen, Slowaken und andere Völker, die Opfer der hitlerschen Aggression waren, fürchten, die Deutschen könnten plötzlich den Spieß umdrehen und sie als die Schuldigen darstellen, muss man verstehen. Man muss allerdings nicht jede nationalistische Instrumentalisierung dieser Angst akzeptieren. Irgendwann müssen die Deutschen den Mut finden, auch Nachbarn wie den Polen oder den Tschechen, die viel unter Deutschen gelitten haben, zu sagen: Unsere Geschichte können wir nur selbst schreiben. Natürlich ist diese Geschichte an Empirie gebunden; man darf keine falschen Geschichten schreiben. Auch sollten die Deutschen (und alle anderen) niemals den Versuch machen, Geschichte gegen die Nachbarn zu instrumentalisieren. Man muss aber intellektuell ehrlich bleiben.

Es ist so, wie es der österreichische Philosoph Rudolf Burger unlängst geschrieben hat: „Jede Nation ist immer auch Indoktrination, und die französische Geschichte Österreichs wird stets eine andere sein als die österreichische Geschichte Österreichs, jedenfalls zumindest solange es Österreich und Frankreich als Nationen gibt.“ Das gilt auch für das Verhältnis von Polen und Deutschen oder von Polen und Tschechen zueinander.

Verletzungen zeigen

Es ist gut, dass Polen, Tschechen, Slowaken, Ungarn und andere jetzt Mitglieder der Europäischen Union sind. Die politischen Klassen können jetzt gemeinsam Erfahrungen sammeln; sie müssen gemeinsam die Zukunft gestalten. Die gemeinsame Zukunftspolitik im Europä-

ischen Parlament oder im Europäischen Rat kann aber die offene Debatte über unsere Vergangenheit nicht ersetzen. Wir müssen unsere Verletzungen zeigen, damit die andere Seite die ihren zeigt. Nur so ist Verständigung möglich.

Ein Zentrum gegen Vertreibungen muss im Übrigen die ewig gleiche deutsche Diskussion zu diesem Thema weiterdrehen. Ich gebe dazu ein Beispiel. Gerade als einer, der sich gegen das politisch korrekte Totschweigen des Vertreibungsverbrechens engagiert, engagiere ich mich auch gegen die Idee, wir deutschen Vertriebenen könnten von unseren östlichen Nachbarn noch einmal Entschädigungen einfordern. Als ich diese Position in einer Rede bei der Verleihung des Großen Kulturpreises der Sudetendeutschen Landsmannschaft und in einem Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* begründet habe, habe ich jeweils den großen russischen Schriftsteller Vladimir Nabokov zitiert. Dem hatten die Sowjets ein großes Vermögen genommen – und er sagte doch:

„Meine alte Fehde mit der sowjetischen Diktatur hat nicht das Mindeste mit Besitzfragen zu tun. Für einen Emigranten, der die Roten hasst, weil sie ihm Geld und Land gestohlen habe, empfinde ich nichts als Verachtung. Die Sehnsucht, die ich all diese Jahre lang gehegt habe, ist das Bewusstsein einer verlorenen Kindheit, nicht der Schmerz um verlorene Banknoten.“

Jenseits von Besitzfragen

Nach dem ich dies publiziert hatte, erhielt ich den Brief eines deutschen Adligen aus altem Geschlecht. Er schrieb mir: „Es ist ein Skandal, was Sie sich erlauben, indirekt jeden Vertriebenen und deren Nachkommen als verachtenswert zu bezeichnen, weil sie auf der Achtung ihres Eigen-

tums bestehen. Dann sollten Sie doch als Erstes auf Ihr Pöstchen verzichten. Auch wenn es jetzt zufällig in der Schweiz liegt, so beruht es doch auf dem auch grenzübergreifenden Parteifilz. Sie sollten sich stattdessen mit Sozialhilfebezügen begnügen, auch hinsichtlich Ihrer Rente/Pension. Und Ihre Tätigkeit als Professor stellen Sie auch besser ein. Soweit Sie solche dem Gemeinwohl schädlichen Dinge produzieren...“ Meine Forderung traf offenbar den Nerv des Briefschreibers.

Lernschmerz bereiten

Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ soll in diesem Sinn Menschen auf den Zahn fühlen, ihnen Lernschmerz bereiten: Vertreiber, die Vertreibungsverbrechen schlicht leugnen (wie die Türken), Vertreibern, die die Vertreibung legalistisch interpretieren (die Großmächte hatten die Vertreibung im Potsdamer Abkommen doch abgesegnet) und sie immer noch für richtig halten (viele Tschechen und Polen), aber auch Vertriebenen, die die internationalen Beziehungen durch Entschädigungsforderungen in Unordnung bringen könnten (darunter viele Deutsche). Das „Zentrum“ soll kein Mahnmal, keine Gedenkrotunde, kein Aufrechnungs-Tempel werden, sondern ein Dokumentationszentrum, das sich mit Vertreibungsverbrechen auseinandersetzt. Dazu gehört auch, selbstverständlich, eine historische Dimension. Sie ist aber nicht alles. Erika Steinbach und ich betreiben die Auseinandersetzung um dieses „Zentrum“ nicht um der eigenen Vergangenheit und der eigenen Wunden willen. Wir betreiben es, um hier und heute politische Verbrechen anzuprangern und dazu beizutragen, dass sie hoffentlich verhindert und in Acht und Bann getan werden.